Eine Welt für alle

JUGEND-MANIFEST

VON JUNGEN MENSCHEN AUS DEM CJD

THESENPAPIER

IMPRESSUM

Das Jugendmanifest ist ein Projekt
politischer Jugendbildung im CJD.

Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands
gemeinnütziger e.V. (CJD)
Teckstraße 23
73061 Ebersbach/Fils
fon: 07163 930-0
fax: 07163 930-280

2. Auflage
Stand: Oktober 2019

INHALT

VORBEMERKUNG 5

Ziel 6

Vorschlag 7

MANIFESTSCHWERPUNKTE UND DEREN THESEN:

Verantwortung 9

THESE 01 Beteiligung in Schule und Ausbildung
02 Tierschutz
03 Gestaltung der Digitalisierung
04 Umweltschutz und globale Ressourcennutzung

Aufklärung 13

05 Ökonomische und humanistische Bildungsförderung
06 Drogenpolitik und Drogenverständnis
07 Glaubenstoleranz
08 Interreligiöser Dialog

Solidarität 17

09 Partizipation und demokratischer Frieden
10 Einkommensverteilung
11 Nachhaltige Entwicklungspolitik

Chancengleichheit 20

12 Gleichberechtigung
13 Menschenwürdige Migrations- und Asylpolitik
14 Steuer- und Wirtschaftssystem

VOR-
BEMERKUNG

Gesellschaftliche Veränderungen setzen die Jugend in Deutschland unter großen Druck. Fehlentwicklungen bei der Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit, bei Umwelt- und Tierschutz, Digitalisierung und Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen, bei Migration und der Verwirklichung von Menschenrechten beeinflussen junge Menschen in einer Gesellschaft, die sich zunehmend diversifiziert.

Das aktuelle Zeitgeschehen macht zudem deutlich, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bedroht ist. Ein Klima zunehmender politischer Polarisierung, demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen, offene und versteckte Diskriminierung aufgrund des eigenen Glaubens sowie ein fehlender Interessenausgleich für alle Mitglieder im politischen System sind immer auch Angriffe auf die Zukunft der Jugend in Deutschland.

Darüber hinaus stellt die Digitalisierung uns alle in einer global vernetzten Welt vor neue Herausforderungen, auf die unser demokratisches System nicht ohne Weiteres eine Antwort hat. Umso wichtiger ist es, die Stimmen der Jugend sichtbar zu machen und sie daran zu beteiligen, positive Zukunftsbilder für eine bessere Gesellschaft zu entwickeln.

Ziel

Um den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen begegnen zu können, brauchen wir nicht nur funktionierende demokratische Institutionen, sondern auch eine lebendige Zivilgesellschaft. Damit diese bestehen kann, müssen sich junge Menschen engagieren. Diese Heranwachsenden bilden damit die wichtigste Basis, um Staat und Gesellschaft weiterzuentwickeln.

Demokratie als Gesellschaftsform muss immer wieder neu gelernt und angewendet werden. Nichts davon ist vererbbar, selbstverständlich oder eine natürliche Eigenschaft des Menschen. Der Einstellung der Jugend zur Politik sollte daher eine größere öffentliche Aufmerksamkeit zuteilwerden. Jugendliche müssen stärker darüber mitentscheiden, wie ihre Lebenswelt aussehen soll und wodurch ihre Zukunft beeinflusst wird. Dafür brauchen sie geeignete Strukturen und Formen der Zusammenarbeit.

Das Ziel des Jugendmanifestes und der daraus resultierenden Projekte ist, ein Teil davon zu sein, den Dialog mit der Jugend neu zu organisieren, sodass sich junge Menschen besser über aktuelle Problemlagen, gesellschaftspolitische Diskurse und Debatten informieren können. So haben sie die Möglichkeit, ihre Meinungen frei zu äußern und sich in Projekten und Initiativen aktiv für ihre Wünsche und Vorstellungen, im Rahmen einer lebendigen Demokratie, einzusetzen.

Wir sehen die Pluralität an Erfahrungen, Meinungen und Anliegen junger Menschen im CJD als Ressource, die wir durch neue Beteiligungschancen und -anlässe im politischen und öffentlichen Raum stärken wollen.

VOR-BEMERKUNG

Unser Vorschlag

Das Jugendmanifest steht als bundesweites Partizipationsprojekt für einen fortlaufenden Prozess, der seit 2015 aktiv von jungen Menschen gestaltet wird. Über die Standorte des CJD e.V. und der evangelischen Jugendverbände bekommen deutschlandweit junge Menschen die Möglichkeit, sich an der Fortschreibung der Jugendmanifest-Thesen und den damit verbundenen Projekten zu beteiligen. Hier hat das CJD als eines der größten Bildungs- und Sozialunternehmen in Deutschland eine große Verantwortung. Die Qualität, mit der junge Menschen heute demokratische Mitwirkung erlernen, bestimmt den Grad der Freiheit, die Chancen und das Niveau der Gleichberechtigung zukünftiger Generationen. Die zentralen Arbeitsformate des bisherigen Dialogprozesses sind Jugendbeteiligungsrunden, wissenschaftliche Expertisen und bundesweite Großveranstaltungen.

Das Jugendmanifest eröffnet als Ausgangspunkt für Dialog- und Aktionsplattformen eine besondere Möglichkeit für Jugendliche: Damit soll die Vielfalt der Visionen und Perspektiven Jugendlicher im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Veränderungen für alle sichtbar gemacht werden. Darüber hinaus besteht immer die Möglichkeit in einem partizipativen Prozess das Vorhandene gemeinsam weiterzuentwickeln und sich selbst damit zu identifizieren.

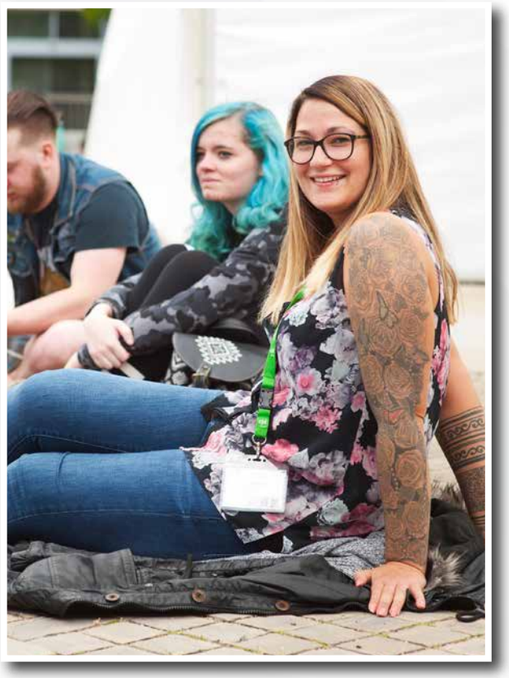
Die Weiterentwicklung des Jugendmanifestes orientiert sich an den Werten des christlichen Menschenbildes. Das bedeutet, die Grundlage des Prozesses ist, dass die Würde des anderen anerkannt wird. So können diskriminierungsfrei unterschiedliche Interessen, Werte und Verständnisse von Politik reflektiert werden.

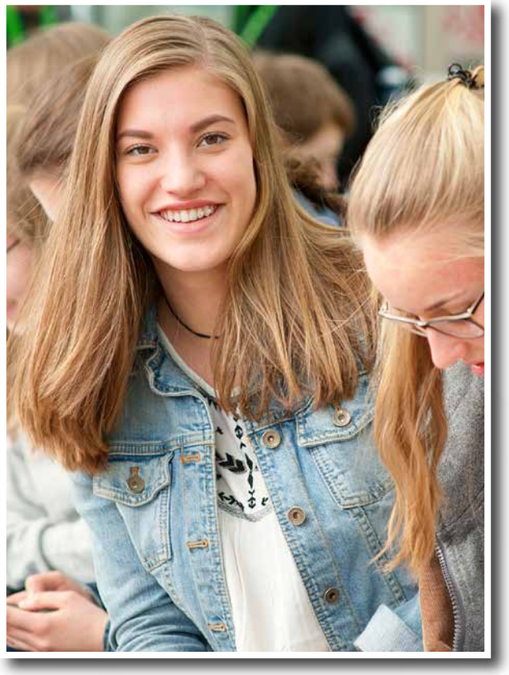
Die Identifikation mit dem Jugendmanifest bietet Anknüpfungspunkte dafür, dass junge Menschen wie wir im eigenen sozialen Umfeld, in der Schule, der Arbeitswelt, in Projekten und Initiativen aktiv Verantwortung übernehmen. Wir streben an, uns für eine Vielfalt des Zusammenlebens sowie für eine Gesellschaft einzusetzen, die mit Heterogenität auf der Basis gleicher Rechte umzugehen weiß.

Die in den Thesen des Jugendmanifestes formulierten gesellschaftspolitischen Schwerpunkte bieten unserer Generation die Möglichkeit, unsere Sicht auf die Welt zu dokumentieren, unsere Einstellungen zu formulieren und uns aktiv dafür einzusetzen. Damit ist eine Grundlage geschaffen, uns im CJD und darüber hinaus, bei Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Gehör, zu verschaffen. Dies ist seit Projektbeginn ein tragendes Element des Jugendmanifestes.

Wir wünschen uns, dass die Ideen und Inhalte des Jugendmanifestes weitergetragen, weitergedacht und weiter umgesetzt werden.

Die jungen Menschen aus dem CJD





THESEN

Verantwortung

1. Wir halten es für notwendig, den Lehrplan mit Blick auf mehr Mitspracherecht für Schüler*innen und Auszubildende umzustellen.

[Fokus: Beteiligung in Schule und Ausbildung]

Wir setzen uns dafür ein, die Organisation des Bildungssystems zu verändern. Ziel dabei ist, Bildungsgerechtigkeit für alle Menschen zu gewährleisten und die Schüler*innen durch alltagsnahen Unterricht auf lebensrelevante Aufgaben vorzubereiten.

Um Lerninhalte an der Lebenswelt der Lernenden auszurichten, ist ein Dialog zwischen Lernenden und denen, die Lehre verantworten, nötig. Deshalb fordern wir, dass Schüler*innen und Auszubildende sich zukunftsrelevant einbringen können.

Um Lernende auf emotionaler Ebene zu unterstützen, ihr berufliches Leben zu gestalten, halten wir es für notwendig, Bildungseinrichtungen und unabhängige beratende Instanzen besser zu vernetzen und den Kontakt unter ihnen auszubauen.

Unsere Vision:
Es sollte ein Organ aus Lernenden im Schul- und Ausbildungsbetrieb geben, das demokratisch gewählt wird und das Kultusministerium dabei berät, Bildungsstandards festzulegen. Lernende werden in ihrem Bildungsprozess auf emotionaler und geistiger Ebene individuell begleitet und in ihren Bedürfnissen ernst genommen.

2. Wir verfolgen das Ziel, den Schutz der Tiere auszuweiten und ihre natürlichen Lebensräume zu erhalten.

[Fokus: Tierschutz]

Um den Tierschutz zu stärken, raten wir eindringlich dazu, bestehende gesetzliche Bestimmungen besser umzusetzen und strenger zu kontrollieren. Wir fordern darüber hinaus, dass Verstöße gegen das Tierschutzgesetz härter und stärker sanktioniert werden. Gleichzeitig gibt es bestehende Entwicklungen und Regelungen, die wir nicht weiter mittragen wollen: Dazu gehört unter anderem die Zerstörung natürlicher Lebensräume von Tieren, das Schreddern von männlichen Küken, den Einsatz von Wildtieren im Zirkus sowie die Durchführung von Tierversuchen in der Kosmetikindustrie.

Unsere Vision:
Eine Gesellschaft, für die ein artgerechter und gewissenhafter Umgang mit Tieren selbstverständlich ist. Ausgangspunkt dafür, Tiere zu halten, sollten die Bedürfnisse und Würde dieser, nicht die Gewinnmaximierung der Erzeuger sein.

3. Wir sind der Ansicht, dass mit der Digitalisierung konstruktiv umgegangen werden sollte, um die Vorteile und Risiken dieses Prozesses gemeinsam steuern zu können.

[Fokus: Gestaltung der Digitalisierung]

Der Prozess der Digitalisierung wird von vielen Menschen als Bedrohung wahrgenommen, da sie um ihre Arbeitsplätze fürchten oder sich durch die Schnelllebigkeit der Entwicklungen abgehängt fühlen. Diese Ängste gilt es wahrzunehmen und sie, soweit möglich, abzubauen.
Denn die Digitalisierung des gesellschaftlichen Lebens ist unumgänglich. Deshalb muss es darum gehen, den Prozess der Digitalisierung im Heute und in der Zukunft konstruktiv und für die Menschen dienlich zu gestalten.
Die Digitalisierung bildet die Grundlage für eine neue industrielle und gesellschaftliche Revolution, die neben neuen Chancen und Möglichkeiten auch mit Ängsten und vielen Risiken, wie etwa, dass Freiheits- und Persönlichkeitsrechte eingeschränkt werden könnten, verbunden ist.

Gelingt es aber, den Prozess der Digitalisierung bewusst zu steuern, eröffnet sie zum Beispiel in Bereichen der Medizin, Mobilität und Bildung völlig neue Möglichkeiten und kann das Leben bereichern und vereinfachen. So wären zum Beispiel ein weltweit vernetztes Lernen in heterogenen internationalen Gruppen, mit Bildungschancen am Puls der Zeit, keine Zukunftsmusik mehr, sondern Alltag in Schule und Arbeitswelt.

Unsere Vision:
Es gelingt, den Prozess der Digitalisierung gesamtgesellschaftlich zu steuern und so Potenziale zu eröffnen, die Welt gerechter und sozialer zu gestalten sowie die Risiken für den Einzelnen zu reduzieren. Ein strukturierter und anhaltender Dialog mit allen beteiligten Akteuren aus Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft ist dafür Grundlage.

Verantwortung

Nach Berechnungen des Global Footprint Networks hat die Weltbevölkerung seit dem 1. August 2018 die regenerierbaren Ressourcen, die für das gesamte Jahr zur Verfügung standen, verbraucht. Der sogenannte „Earth Overshoot Day“ oder auch Welterschöpfungstag wird jedes Jahr früher erreicht. In Deutschland leben wir bereits seit dem 2. Mai „über unsere Verhältnisse“.

Der weltweite Verbrauch kann zurzeit nur mit 1,7 Erden abgedeckt werden. Die steigende Weltbevölkerung und der höhere Verbrauch führen dazu, dass wir vorrangig auf Kosten von Menschen aus dem globalen Süden leben. Sie verbrauchen deutlich weniger der globalen Ressourcen, leiden aber stärker unter den zum Teil katastrophalen ökologischen Folgen des Klimawandels.
Deshalb ist eine bessere gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema – ganz besonders in Bildungseinrichtungen – unbedingt notwendig. Wenn Aufklärung in Umweltschutzfragen gezielt gefördert wird, entsteht ein verstärktes Bewusstsein für die individuelle Verantwortung – unseren „ökologischen Fußabdruck“. Denn dass globale Ressourcen begrenzt sind und verantwortungsvoll mit Blick auf die gesamte Weltbevölkerung sowie auf zukünftige Generationen genutzt werden müssen, muss gelernt werden.

Um globale Ressourcen gerechter zu verteilen und die Umwelt nachhaltiger zu schützen, muss ein gesamtgesellschaftliches Umdenken, insbesondere in den Bereichen Transport, Ernährung, Energie und Städteentwicklung, stattfinden.

4. Wir sehen im Klimawandel und der Umweltzerstörung zentrale Probleme der Menschheit und drängen diesbezüglich darauf, bewusster und gerechter mit globalen Ressourcen umzugehen.

[Fokus: Umweltschutz und globale Ressourcennutzung]

Unsere Vision:
Die individuelle Verantwortung für den Verbrauch globaler Ressourcen ist bewusst und beeinflusst unser Handeln. Daraus folgt, dass die Nutzung vorhandener Ressourcen reduziert sowie diese weltweit gerechter verteilt werden. Es gelingt in gemeinsamer Verantwortung, nicht über die Regenerationsfähigkeit unseres Planeten hinaus zu wirtschaften. Der Umweltzerstörung und dem menschengemachten Klimawandel wird so entgegengewirkt.

Aufklärung

Personalmangel und fehlende Qualifizierung, überfüllte Klassen sowie mangelhaftes und veraltetes Material führen zu einer Atmosphäre, in der Lernende ihr Potential nicht vollständig entfalten können.

Zu den bestehenden Problemen kommt als neue Herausforderung der Digitalisierungsprozess hinzu.
Man kann dieser Herausforderung nicht allein dadurch gerecht werden, dass Laptops und Tablets an Schulen und Ausbildungsstätten angeschafft werden. Vielmehr bedarf es einer weitreichenden Medienkompetenz sowohl auf Seiten der Pädagogen als auch auf Seiten der Lernenden.
Ein größeres Verständnis dafür, wie Technik zu benutzen ist und wie kritisch überprüft werden kann, ob Informationen aus dem Internet wahr sind, ist hierbei notwendig. Dadurch können Phänomene wie Filterblasen, Echokammern und „Fake News“ erkannt und eingeordnet werden.

Unsere Vision:
Bildung ist der Grundstein für heutige und zukünftige Generationen, um sich in eine immer komplexer werdende Welt zurechtzufinden und so Missständen und Problemen auf eine andere Art und Weise zu begegnen. Eine Aufstockung der finanziellen Mittel ist unumgänglich, um die Bildungslandschaft zu verbessern.

5. Wir bestehen darauf, Bildung anzuerkennen – insbesondere im digitalen Bereich – als wichtigste Investition in die Zukunft, und drängen darauf, die finanziellen Mittel in diesem Bereich aufzustocken.

[Fokus: ökonomische und humanistische Bildungsförderung]

6. Wir befürworten, dass die Drogenpolitik neu bewertet wird, und drängen auf einen risikobewussteren Umgang mit allen potenziellen Suchtmitteln.

[Fokus: Drogenpolitik und Drogenverständnis]

Die gescheiterte Prohibitionspolitik muss durch eine sachliche und an den Menschenrechten orientierte Politik ersetzt werden. Das Verbot der Suchtmittel sorgt dadurch, dass Konsumenten kriminalisiert werden, dafür, dass sie isoliert und stigmatisiert sind. Dadurch erschwert es die Hilfesuche und Therapieangebote bei Sucht. Die fehlende Qualitätssicherung führt zudem zu noch höheren gesundheitlichen Risiken. Wir erwarten, dass die Drogenpolitik zeitgemäß neu bewertet wird. Die Diskussion darüber sollte nicht von emotionalen Argumenten gesteuert werden. Damit meinen wir, dass Cannabis für Erwachsene legalisiert und alle Betäubungsmittel für den persönlichen Gebrauch entkriminalisiert werden sollten.
Als Konsequenz müssten die Kosten für Cannabis für medizinische Zwecke von den Krankenkassen übernommen werden, das Justizsystem sollte entlastet werden, aber auch ein stärkerer Jugendschutz wäre nötig, der auf Aufklärung und nicht auf Abschreckung durch Repression basiert.

Unsere Vision:
Die und der Einzelne ist sich der Risiken ihres und seines Konsums bewusst und kann seine persönlichen Rechte trotzdem ausleben, ohne dafür stigmatisiert oder kriminalisiert zu werden.

7. Wir fordern uneingeschränkte Toleranz gegenüber verschiedenen Glaubensüberzeugungen, solange sie den grundgesetzlich garantierten Menschenrechten nicht widersprechen, indem sie Intoleranz gegenüber anderen Glaubens- und Menschengruppen propagieren, ausüben oder stillschweigend dulden.

[Fokus: Glaubenstoleranz]

Wir sind davon überzeugt, dass jedem Menschen und seinen Überzeugungen mit Toleranz begegnet werden muss. Die Grenzen dieser Toleranz sind jedoch dann erreicht, wenn die Überzeugungen eines Menschen die Freiheiten eines anderen einschränken. Wir erleben auf der ganzen Welt Bewegungen, die aufgrund ihres Weltbildes andere Menschen diskriminieren, verfolgen oder gewaltsam bekämpfen.

Das christliche Verständnis zum Erhalt der Schöpfung beinhaltet unserer Auffassung nach die Verantwortung der gesamten Menschheit, danach zu streben, das Gleichgewicht in der Welt wiederherzustellen. Dies geschieht, wenn die Weltbevölkerung unabhängig von ihren Überzeugungen gemeinsame Wege sucht, um die Welt friedlich mitzugestalten.

Unsere Vision:
Der Schöpfungsverantwortung entsprechend leben wir auf Grundlage des uneingeschränkten Toleranzprinzips trotz unterschiedlicher Glaubensüberzeugungen friedlich miteinander und gestalten und bewahren gemeinsam die der Menschheit gegebene eine Welt.

Aufklärung

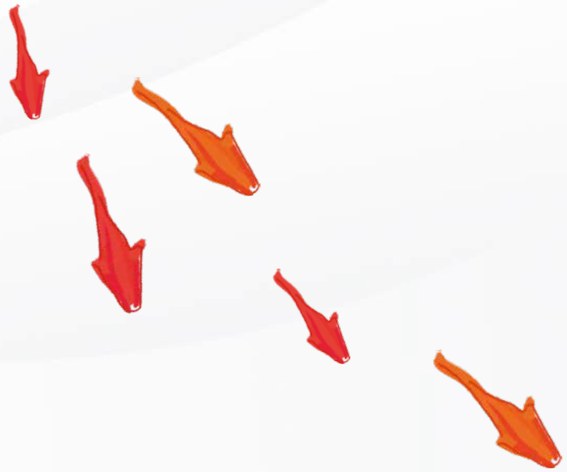
Nach wie vor ist eine Vielzahl der gewaltsamen Konflikte getrieben von religiösen Überzeugungen und dem Willen, die eigene Religion zu verbreiten, indem vermeintlich „Ungläubige“ bekehrt werden. Dies steht im direkten Zusammenhang mit den Ansprüchen auf Exklusivität vieler religiöser Gemeinschaften. Um dieses Konfliktpotenzial zu überwinden, ist es nötig, sich intensiv mit den anderen Religionen sowohl im privaten wie im gesellschaftlichen Diskurs zu beschäftigen. Nur so können Vorurteile abgebaut und Wege für einen gemeinsamen Dialog eröffnet werden.

Ein Dialog der Religionen setzt sowohl eine Begegnung auf Augenhöhe voraus wie auch, die Spannung verschiedener Glaubenszeugnisse auszuhalten – ohne diese auflösen zu wollen – sowie die Bereitschaft, die eigenen Glaubenszeugnisse gemeinsam zu reflektieren. Gelingt der Dialog, kann das das eigene Glaubenszeugnis vertiefen und ein Bewusstsein für das Glaubenszeugnis des Dialogpartners eröffnen. Ein gelingender Dialog ist daher immer Ausgangspunkt für die Kooperation verschiedener Glaubensgemeinschaften und sollte deshalb bewusst vorangetrieben werden.

8. Wir mahnen an, dass die verschiedenen Religionen, insbesondere die Weltreligionen, sich um Gemeinschaft untereinander bemühen und miteinander Wege suchen, um zum gegenseitigen und zum Wohlergehen der Schöpfung zu handeln.

[Fokus: Interreligiöser Dialog]

Unsere Vision:
Der aus dem Dialog erwachsende wechselseitige Respekt für andere Religionen lässt die religiösen Gemeinschaften über ihre Grenzen schauen. Sie erkennen, dass jede Glaubensgemeinschaft Teil von einer größeren Gemeinschaft ist. In diese hinein wurden wir nach unserer christlichen Auffassung geschaffen und auf sie sind wir unbedingt angewiesen. Wir brauchen diese große Gemeinschaft, um die Welt zu gestalten und in Frieden zu leben.



THESEN

Solidarität

Sowohl nationalistische und EU-kritische Tendenzen als auch Reformen, die auf den Rückbau des Rechtsstaates und der Demokratie in vielen Ländern Europas abzielen, gefährden in unseren Augen den europäischen Zusammenhalt. Jedoch lassen sich viele drängende Fragen des Zeitgeschehens nur durch europäische und internationale Zusammenarbeit bewältigen: Migrations- und Flüchtlingspolitik, politische Unterschiede zwischen Ost- und Westeuropa sowie eine niedrige Zinspolitik anstatt struktureller Reformen sind Beispiele dafür.

Für uns sind der Frieden in der Europäischen Union und die Überwindung der Ost-West-Teilung historische Errungenschaften, die immer wieder neu belebt werden müssen.
Deutschland soll innerhalb der EU für einen Zusammenhalt und friedlichen Interessenausgleich eintreten, da wir aufgrund unserer deutschen Geschichte, aufgrund unserer Größe und unserer geografischen Lage in der Mitte Europas eine besondere Verantwortung tragen. Die EU ist seit ihrer Entstehung ein Gemeinschaftsprojekt, auch deshalb ist es zwingend notwendig, dass Deutschland nicht alleine handelt, sondern in Kooperation mit allen EU-Partnern die europäische Idee vorantreibt und ein zukunftsfähiges Europa gestaltet.

Wir sind der Meinung, dass die Bildungslandschaft in Deutschland nicht nur die Aufgabe hat, uns zu mündigen Staatsbürgern, sondern auch zu mündigen europäischen Bürgern zu machen.

9. Wir glauben an die Friedensidee der Europäischen Union und setzen uns für eine Zukunft Deutschlands in der EU ein. Dabei kommt gerade der europäischen Jugend eine weitreichende Bedeutung zu.

[Fokus: Partizipation und demokratischer Frieden]

Unsere Vision:
Ein reger interkultureller Austausch und eine gute Vernetzung zwischen europäischen Jugendlichen schafft ein Gemeinschaftsgefühl, sodass innere Verwerfungen in Europa keinen Raum haben. Die freiheitlichen Prinzipien des Binnenmarktes werden uneingeschränkt innerhalb der EU umgesetzt.

Solidarität

10. Wir setzen uns für eine gerechte Einkommensverteilung ein und streben nach einer Arbeitswelt, die das Wohl des Menschen über den Wachstumszwang stellt, und sind uns bewusst, dass dies mit Verzicht verbunden ist.

[Fokus: Einkommensverteilung]

Wir wünschen uns eine Arbeitswelt, die das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt rückt.
Der Stress am Arbeitsplatz steigt und individuelle Lebensläufe sowie Familienplanungen stehen für viele Menschen der Arbeitswelt unvereinbar gegenüber. Es fehlt oft an flexiblen Angeboten, die die Interessen des Arbeitnehmers bei der Geschäftstätigkeit der Unternehmen berücksichtigen. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass es um ein Aushandeln von Bedingungen geht, die auch für den Arbeitgeber umsetzbar sein müssen. Auf beiden Seiten besteht die notwendige Bereitschaft sich im Bezug auf das eigene Interesse auch auf einen Verzicht einzulassen. Im Hinblick auf den Arbeitgeber bedeutet dies, die Gewinnerwartungen zum Wohl der Angestellten zu reduzieren, während diese bereit sein müssen, für mehr Freizeit auch eigene finanzielle Einschränkungen zu akzeptieren. Es muss statt einem Kampf gegeneinander, um einen Dialog miteinander gehen, der ein Ergebnis anstrebt, das den Bedürfnissen beider Verhandlungspartner gerecht wird.
Mit einem Interessenausgleich zwischen Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden muss unbedingt die Gleichstellung der Geschlechter einhergehen, die bis heute noch in allen Ländern der Welt unverwirklicht ist. Sie zeigt sich unter anderem in einer fehlenden gerechten Einkommensverteilung.

Unsere Arbeitswelt und das Wohl aller Menschen sind untrennbar mit dem Wirtschaftsprinzip eines liberalen Kapitalismus verbunden, der den Zwang zum Wirtschaftswachstum „um jeden Preis“ als dominierendes Prinzip versteht. Dieses Denken ist – zum Wohl einer nachhaltigen Expansion, die niemanden zurücklässt und die Grenzen unserer globalen Ressourcen berücksichtigt - reformbedürftig.

Ein Reformprozess, der Alternativen zum toxischen Wachstumszwang des Kapitalismus aufzeigt, kann nur gelingen, wenn die Gesellschaft eine kritische Reflexion ihres eigenen Konsumverhaltens zulässt und zu einem Verzicht zum Wohl aller Menschen bereit ist.

Unsere Vision:
Eine diskriminierungsfreie und diversitätsreflektierte Arbeitswelt, die das individuelle Wohl aller Mitarbeitenden höher bewertet, als die Gewinnmaximierung und den Wachstumszwang der Unternehmen. Eingebettet in ein reformiertes Wirtschaftssystem, das Arbeitsvolumen, Wachstumswunsch, persönliches Konsumverhalten sowie die ökologischen Grenzen der einen Welt im Gleichgewicht hält.

Solidarität

11. Wir wünschen uns eine wertegebundene Entwicklungspolitik, die sich dem Frieden und der Durchsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen verpflichtet fühlt.

[Fokus: Nachhaltige Entwicklungspolitik]

Wir wünschen uns eine wertegebundene Entwicklungspolitik, die im Verständnis um die globale Eingebundenheit Deutschlands und aus einer historisch gewachsenen ethisch-moralischen Verpflichtung heraus handelt.

Die Industriestaaten verbrauchen in einem verschwenderischen Maße den Reichtum der Welt. So werden in diesen Ländern nicht nur 80 Prozent aller Bodenschätze genutzt, sondern auch die größten Umweltbelastungen erzeugt.
In Solidarität und aus christlicher Verantwortung heraus müssen wir nicht nur die Auswirkung von Hunger, Krieg und Armut bekämpfen, sondern auch gegen ihre zugrundeliegenden strukturellen Ursachen vorgehen. Dazu müssen die Industrieländer, den weltweit 50 Millionen Geflüchteten langfristige Lebensperspektiven in ihren Heimatländern geben und ihren Wohlstand teilen.
Nur mit partnerschaftlichen Entwicklungskooperation auf Augenhöhe, die sich immer an den Interessen aller Staaten orientieren muss, können gemeinsam die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen durchgesetzt werden. Dann werden nicht nur die Herausforderungen einer globalen Wirtschaft, sondern vor allem die Überlebensfragen der Menschheit bearbeitet.

Wir können mit dem Transfer von Know-How und Technologien, gerade im Bereich der Umwelt und Landwirtschaft, andere Nationen dabei unterstützen, ihre Klimaziele zu erreichen und Wertschöpfung in ihren Ländern zu erhalten. Ein nationales Eigeninteresse muss sich immer an der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen messen lassen.

Unsere Vision:
Die Durchsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen hat die Zukunftsperspektiven in allen Ländern der Welt verbessert. Armut und Hunger sind beendet und der Zugang zu leistungsfähigen Gesundheits- und Bildungssystemen ist für alle Menschen global sichergestellt. Ein Leben in Würde ist für alle Menschen möglich, da sich Konsumverhalten und Lebensstil auch in den Industrie- und Schwellenländern geändert haben. Sozialer Fortschritt wird zwischen allen Nationen der Welt partnerschaftlich ausgehandelt und unter Berücksichtigung der planetarischen Grenzen vorangetrieben.

Durch Bildung für nachhaltige Entwicklung wird dauerhaft das Bewusstsein geschaffen, dass Nachhaltigkeit soziale, ökologische und ökonomische Dimension besitzt und nur in einem globalen Rahmen verstanden werden kann.

Chancengleichheit

12. Wir treiben das Ideal einer inklusiven Gesellschaft voran, in der Chancen einer gleichberechtigten und individuell orientierten Teilhabe geschaffen werden, sodass eine Partizipation aller möglich ist.

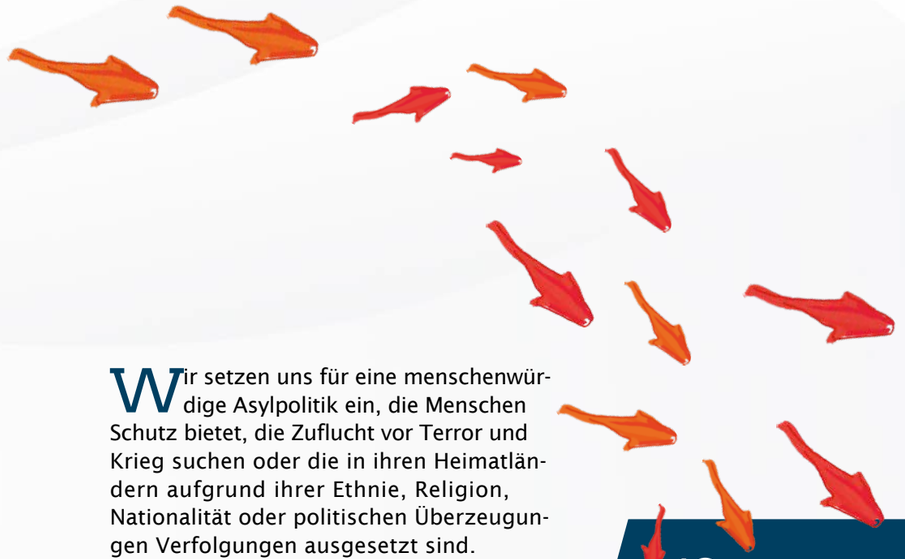
[Fokus: Gleichberechtigung]

Gleichberechtigung und Chancengleichheit sind wichtige Grundpfeiler unserer Demokratie, trotzdem erleben wir in letzter Zeit wieder verstärkt Bestrebungen, dieses Ideal, vorwiegend in den Bereichen Migration, Bildungs- und Familienpolitik, zu schwächen. Wir treten für eine Gesellschaft ein, die, unabhängig von Geschlecht, Ethnie, Meinung, Nationalität, Hautfarbe oder körperlichen beziehungsweise geistigen Fähigkeiten, frei von Diskriminierung ist.

Nicht die Menschen müssen der Gesellschaft angepasst werden, sondern die Gesellschaft muss sich den Menschen, die sie ausmachen, anpassen. Inklusion deckt für uns die gesamtgesellschaftlich existierende Diversität ab, die sich nicht nur auf Menschen mit Behinderungen beschränkt. Um dem einzelnen Menschen gerecht zu werden, bedarf es Rahmenbedingungen, die eine individuell orientierte Teilhabe fördern und so eine Welt eröffnen, in der sich jede und jeder Einzelne frei von Angst vor Diskriminierung zu den eigenen Stärken und Schwächen bekennen kann. Denn diese sind es, die in ihrer Kombination jeden Menschen einzigartig machen.
Dazu müssen Solidarität und Nächstenliebe nicht nur geäußert, sondern auch gelebt werden. Aufgeschlossenheit und Offenheit gegenüber Neuem sind dafür Grundbedingungen.

Unsere Vision:
Es sind Rahmenbedingungen geschaffen, die es jeder und jedem ermöglichen, entsprechend der eigenen individuellen Fähigkeiten an der Gesellschaft teilzuhaben, diese durch ihre Persönlichkeit zu bereichern und von der Gesellschaft als solche wahrgenommen zu werden.

Chancengleichheit



13. Wir denken, dass eine menschenwürdige Migrations- und Asylpolitik keinen Widerspruch dazu darstellen muss, gesellschaftlichen Wohlstand und Zusammenhalt zu erhalten, und fordern eine Politik, die die Balance zwischen beiden Zielen findet.

[Fokus: Menschenwürdige Migrations- und Asylpolitik]

Wir setzen uns für eine menschenwürdige Asylpolitik ein, die Menschen Schutz bietet, die Zuflucht vor Terror und Krieg suchen oder die in ihren Heimatländern aufgrund ihrer Ethnie, Religion, Nationalität oder politischen Überzeugungen Verfolgungen ausgesetzt sind.
Als Lehre aus der Geschichte, die unsere völkerrechtlichen, menschenrechtlichen und in Europa historisch gewachsen Flüchtlingsschutz begründet, müssen diese Menschen in Deutschland immer einen sicheren Aufenthaltsort finden. Deutschland und die Europäische Union müssen ihrer internationalen Verantwortung und Verpflichtung zum effektiven Schutz Asylsuchender gerecht werden und dabei den Werten unseres Grundgesetzes Rechnung tragen.
Gleichzeitig scheint die Suche nach einem Kompromiss, der eine generelle rechtliche Regelung zur Aufnahme von Flüchtlingen in Europa möglich macht und dabei partnerschaftlich von allen Mitgliedstaaten mitgetragen wird, politisch wie gesellschaftlich nur schwer erreichbar. Damit tragen weiterhin alle Staaten Europas eine Mitverantwortung für Ertrinkende im Mittelmeer. Auch die Fluchtursachen in den Heimatländern der flüchtenden Menschen können nur mit gesamteuropäischen Lösungen nachhaltig bekämpft werden.

Die Entlastung des Asylsystems, durch die Abschaffung von bestehenden Maßnahmen, die oft wirkungslos sind und die Würde des Einzelnen verletzen sowie durch vereinfachte und beschleunigte Verfahren, sind gesellschaftlicher Konsens in Deutschland und vielen europäischen Ländern.

Die Aufgabe des Sozialstaates für Sicherheit zu sorgen und die Schwächsten in der Gesellschaft zu unterstützen, kann zukünftig nur weiter funktionieren, wenn gesetzliche Regelungen diskriminierungsfrei angewendet werden, die den Missbrauch nationaler Schutzsysteme verhindern. Am Ende eines rechtsstaatlichen Verfahrens sowie nach Überprüfung der Möglichkeiten für die Integration in den Arbeitsmarkt, muss auch eine menschenwürdige Rückführung möglich sein.

Unsere Vision:
Es gibt einheitliche faire Regelungen für den Umgang mit Schutzsuchenden in Europa und Aufnahmestandards, die den Schutz der Menschenwürde, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit der Betroffenen gewährleisten.
In Deutschland bringen zügige Verwaltungsverfahren Rechtssicherheit für Menschen im Asylsystem. Eine kohärente Asyl-und Migrationspolitik ermöglicht qualifizierten Menschen ohne Aussicht auf einen Asylstatus, Perspektiven in Ausbildung und Arbeitswelt und erlaubt die Sicherung des gesellschaftlichen Wohlstand aller Menschen in Deutschland.

Chancengleichheit

14. Wir fordern, dass eine wirtschaftliche Liberalisierung durch eine entsprechende sozial verantwortliche politische Regulierung begleitet wird.

[Fokus: Steuer- und Wirtschaftssystem]

Uns ist wichtig, dass eine wirtschaftliche Liberalisierung und die Auswirkung des freien Handels durch eine sozial verantwortliche Politik begleitet wird. Internationale Märkte brauchen Regeln, die bewusst machen, dass sozialer Fortschritt und Wohlstand nicht nur für einzelne auf Kosten vieler erwirtschaftet werden können. Multinationale Konzerne müssen in einer gerechten Weise zum Erhalt von Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und öffentlich-sozialer Infrastruktur beitragen. Eine Gesellschaft, die sich den Menschenrechten in einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung verpflichtet, muss Politik und Unternehmen gleichermaßen in die Verantwortung nehmen, zum Erhalt des gesellschaftlichen Wohlstandes beizutragen, um Ungleichheiten zu verhindern und für einen Interessenausgleich zwischen allen Mitgliedern im politischen System zu sorgen.

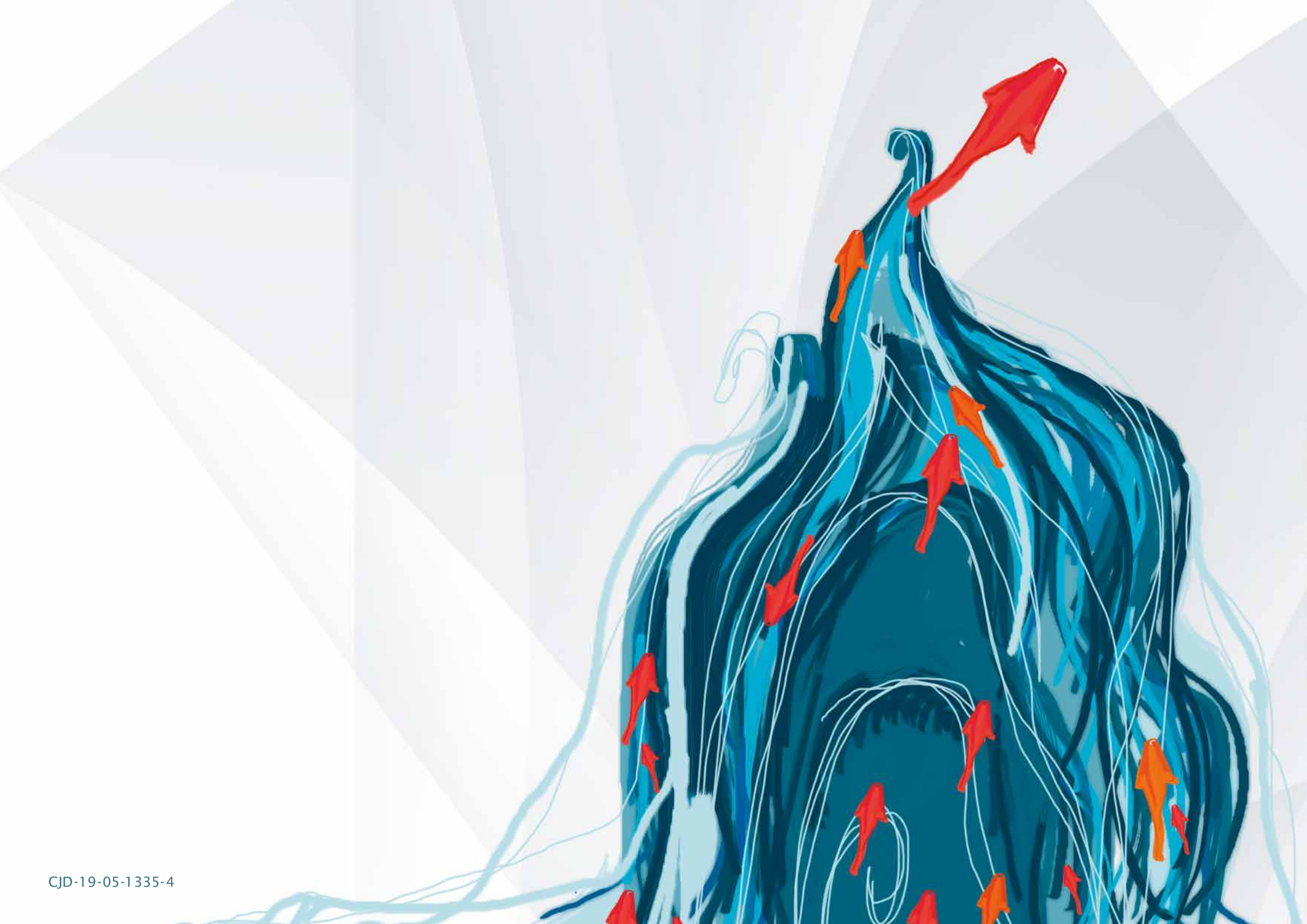
Global agierende Konzerne verpflichten sich einer sozialen Unternehmensverantwortung und betreiben eine Steuervermeidung, die die Kommunen, in denen Gewinne erwirtschaftet werden, arm zurücklassen. Viele Staaten, auch innerhalb der EU, bieten Unternehmen Vereinbarungen an, die es erlauben, internationale Steuerrichtlinien und nationale Steuergesetze zu umgehen, damit nur geringste Steuerzahlungen anfallen und die Staatskassen anderer Länder leer bleiben. Kapital und Unternehmensgewinne sollten dort versteuert werden, wo man sie erwirtschaftet, um zu verhindern, dass dem Staat die finanziellen Mittel fehlen, dringend benötigte Investitionen im Bereich der öffentlichen Versorgung zu tätigen.

Unsere Vision:
Alle Mitglieder und Gruppen in der Gesellschaft leisten ihren fairen Anteil zum Erhalt des Wohlstand. Es gibt effektive politische Regulierungen, die kontinuierlich dazu beitragen, bestehende soziale Ungleichheiten weiter zu verringern.

KONTAKT

Politische Bildung im Zentralbereich Theologie,
Wertekommunikation und Persönlichkeitsbildung des CJD

jugendmanifest@cjd.de



CJD-19-05-1335-4